

Die „Völkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 8/10, durch die Post und durch Telegraphen zu beziehen. Preis vierjährlich Mf. 2,50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7547

Insatzgebühr beträgt für die einfältige Beizüge über deren Name 90 Pfennige, für Verträge und Versammlungen 10 Pfennige. Gekreuzte für die nächste Runde müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

# Völkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhafte Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 4.

9. Jahrgang.

## Politische Übersicht.

### Neue Steuern.

Das lebhafte Verlangen unserer Flottenschwärmer geht naturgemäß dahin, zur Deckung der ungeheuren Mehrausgaben, welche die Annahme der Marinevorlage erfordert wird, eine neue Steuerquelle zu erschließen. ... daß man trotz aller schöner Berechnungen und Behauptungen selbst nicht voran geht, daß die Mehrausgaben aus den jetzt vorhandenen Mitteln gedeckt werden könnten, ist ebenso sicher, wie daß man nicht daran denkt, die vermehrten Lasten den Schultern der reichen Leute aufzuerlegen. Da wird man sicherlich wieder, wie immer, zu den so beliebten (beliebt bei den Reichen und Herrschenden) indirekten Steuern greifen, die den Armen belasten, diese indirekten Steuern vermehren oder erweitern und man hat auch schon ein sehr brauchbares Steueroject entdeckt, das viele Millionen Gewinn verspricht: das Bier!

Wie steht es nun zur Zeit mit der Biersteuer in Deutschland? Bekanntlich haben die diversen deutschen Vaterländer verschiedene Arten der Bierbesteuerung: die eine Gruppe bilden die norddeutschen Staaten, Preußen, die thüringischen Staaten, Sachsen etc., welche als „Brausteuergebiet“ zusammengefaßt werden mit einer Bevölkerung von 40,9 Millionen; dann bilden je ein Gebiet für sich: Bayern mit 5,8 Millionen Bevölkerung, Württemberg mit 2 Millionen, Baden mit 1,7 Millionen, und Elsaß-Lothringen mit 1,6 Millionen. Die Einnahme in diesen verschiedenen Steuergebieten ist für das Jahr 1896: Brausteuergebiet 34,6 Millionen Mf., Bayern 33,8 Millionen, Württemberg 9,2 Millionen, Baden 6,2 Mill., Elsaß-Lothringen 3,2 Millionen. Zusammen: 87 Millionen Mf.

Es ist das also eine sehr verschiedenartige Besteuerung, und pro Kopf der Bevölkerung ergeben sich sehr verschiedene Beträge. Und zwar kommen auf den Kopf der Bevölkerung im Brausteuergebiet 0,85 Mf., in Bayern 5,83 Mf., in Württemberg 4,41 Mf., in Baden 3,63 Mf. und in Elsaß-Lothringen 1,95 Mf. Diese Unterschiede ergeben sich einerseits aus dem Unterschiede in der Höhe der Steuer, andererseits aus dem Unterschiede im Bierverbrauch. Die Länder des Brausteuergebietes consumiren pro Kopf 97 Liter, Bayern 235, Baden 189, Württemberg 110, Elsaß-Lothringen 79 Liter. Was die Steuersätze anbetrifft, so sind sie schwer vergleichbar, weil die Art der Erhebung eine durchaus verschiedene ist. Annähernd aber ergeben sich folgende Beträge: Im Brausteuergebiet kommt auf 1 Hektoliter Bier ein Steuersatz von 0,81 Mf., in Bayern 2,53 Mf., in Württemberg 2,43 Mf., in Baden 3,20 Mf., in Elsaß-Lothringen 1,49 Mf. Zieht man andere Staaten in Betracht, so hat England eine Steuer von 4,64 Mf. pro Kopf und 3,82 Mf. pro Hektoliter; Frankreich 0,47 Mf. pro Kopf und 2,15 pro Hektoliter. Höhere Steuern haben nur Italien, Russland und Österreich.

Daraus ergibt sich Folgendes: Diejenigen deutschen Staaten, in welchen der Bierconsum ein bedeutender ist, weil dieses Getränk sich als wesentlicher Bestandteil der Volksnahrung eingebürgert hat, haben bereits eine sehr hohe Biersteuer, und nur Elsaß-Lothringen einerseits und das Brausteuergebiet haben einen verhältnismäßig niedrigen Steuersatz. Das erste consumirt nun überwiegend Wein und zahlt auch eine hohe Weinsteuer. Was das Brausteuergebiet anbetrifft, so haben Sachsen, die thüringischen Staaten, Hessen etc. einen

ziemlich bedeutenden Bierconsum, der Norden und Osten dagegen consumiren vor Allem Branntwein.

Im Allgemeinen wird in Deutschland pro Kopf 4,4 Liter reiner Bier konsumiert und dieser Consum steigt sich in den Gebieten, wo wenig Bier und Wein genossen wird, auf das Doppelte und Dreifache. Diese ostelbische und nördliche Bevölkerung, die zum Theil deshalb kein Bier trinkt, weil sie die Ausgabe nicht erschwingen kann und daher zum billigen Fusel greift, entgeht deshalb der Steuer nicht. Ihr fällt der Löwenanteil an der Branntweinsteuer zu, die insgesamt 149 Mill. Mark ausmacht, über 2,84 Mf. pro Kopf. Rechnet man also die Bier- und Branntweinsteuern zusammen, so macht das 236 Millionen Mark und rund 4,50 Mf. pro Kopf. Wie alle Steuern, so wird auch diese Getränkesteuer von der erwerbstätigen Bevölkerung aufgebracht, und da man insgesamt 23 Millionen Erwerbstätige zählt, so kommen über 10 Mark Getränkesteuern pro Erwerbstätigen.

Was würde nun eintreten, wenn die Biersteuer erhöht wird? Die Probe darauf hat Bayern im Jahre 1879 gemacht: Die Steuer wurde damals von 4 und 5 Mf. pro Hektoliter Mais erhöht, und der Consum ging sofort um 435.000 Hektoliter Bier zurück. Es blieb dann ein volles Jahrhundert unter dem Consum von 1879. Das war in einem Lande, in welchem das Bier genau so gut zur Volksnahrung gehört wie das Brot. In den Ländern, in welchen letzteres nicht der Fall ist, würde also eine Erhöhung der Steuer unter allen Umständen zur Verringerung des Bierconsums führen. Gerade das Brausteuergebiet, welches die niedrigste Biersteuer neben dem kleinsten Consum hat, würde noch bedeutend weniger consumiren, der Fusel würde hier endgültig das Bier verdrängen.

Herr von Bojadowsky hat im Reichstage behauptet, der Deutsche wäre „in erster Linie Biertrinker“. Es ist ihm an anderer Stelle nachgewiesen worden, daß der Deutsche erheblich weniger Bier trinkt, als der Engländer und Amerikaner. Sezt er die von den Offiziellen angerathene Maßregel durch und hilft er der Regierung, dem deutschen Volke das Bier zu vertheuen, so wird er es erleben, daß der Deutsche „in erster Linie Schnaps trinkt“ wird. Das wäre das hauptsächlichste Resultat einer solchen Maßregel.

### Zur ostasiatischen Angelegenheit.

Die Kautschakabucht ist nun mehr von Deutschland gepachtet worden, wie der „Reichsanzeiger“ mitteilt. Es heißt in der Veröffentlichung desselben:

Nach einem Telegramm aus Peking ist hinsichtlich der Ueberlagerung der Kautschakabucht zwischen der deutschen und der chinesischen Regierung eine Vereinbarung erzielt worden, im folgenden enthaltend: Der deutschen Regierung soll dadurch die Erfüllung ihres berechtigten Wunsches ermöglicht werden, daß sie ebenso wie andere Mächte einen Sumpfpunkt für Handel und Schiffahrt in den chinesischen Gewässern befestigen kann. Die Überlassung hat die Form eines Pachtvertrages von längerer Dauer, so daß es der deutschen Regierung freistehet, innerhalb des überlassenen Gebietes alle notwendigen Baulichkeiten und Anlagen zu errichten und die für ihren Geschäftszweck nötigen Regeln zu treffen. Das überlassene Gebiet umfaßt das gesamte innere Wasserbecken der Kautschakabucht bis zur Hochwassergrenze, ferner die südlich und nördlich dem Eingange der Bucht liegenden großen Einbuchtungen bis zu ihren natürlichen Begrenzungen durch die gezeichneten Höhenzüge, sowie die innerhalb der Bucht und vor der Bucht befindlichen Inseln. Das abgetretene Gebiet hat einen Gesamtinhalt von etlichen

Kubikmetern und ist eingefasst von einer größeren um die Bucht gezogenen Zone, innerhalb deren keine Maßnahmen oder Anordnungen chinesischerseits ohne die deutsche Zustimmung getroffen werden dürfen. Insbesondere dürfen der deutscherseits für notwendig erachteten Regulierung der Wasserläufe keine Hindernisse entgegengesetzt werden. Um Conflikte zu vermeiden, die das gute Einvernehmen zwischen beiden Mächten beeinträchtigen könnten, überträgt die chinesische Regierung für die Dauer der Pachtzeit die ihr in dem überlassenen Gebiete zu stehenden Rechte auf die deutsche Regierung. Die Pachtzeit und die Pachtzinsen sind in dem sehr kurzen Telegramm, welches den Abschluß meldet, nicht angegeben. Sollte aus irgend einem Grunde die Kautschakabucht für die von der deutschen Regierung in Aussicht genommenen Zwecke nicht als passend erweisen, so wird die chinesische Regierung, nachdem sie sich mit der deutschen Regierung darüber ins Einvernehmen gesetzt hat, letzterer an einem anderen Orte des Reiches ein für den ins Auge gefaßten Zweck besser geeignetes Stück überlassen. Die chinesische Regierung wird in diesem Falle die von der deutschen Regierung in dem Kautschakabuchte errichteten Baulichkeiten, Anlagen etc. übernehmen und die verausgabten Beträge ersehen.“

Da wäre also alles in der schönsten Ordnung? Freilich ist es sonst unter Leuten, die ein solches Geschäft miteinander machen wollen, wohl kaum üblich, daß der eine Thiel das mit Waffengewalt — ohne Kriegserklärung — an sich bringt, was er doch nur „pachten“ wollte!

Die „Times“ erklärt bezüglich der Mitteilung der „Königl. Zeit.“, England bestrebe auf einer Gebietsabtretung in China, England wolle nicht die Führung in der Theilung Chinas übernehmen, seine Politik im fernen Osten sei lediglich darauf gerichtet, daß Chinas Reich als riesiges Feld für die Ausdehnung des Handels im gewöhnlichen kommerziellen Sinne ungeschmälert zu erhalten. In Beziehung dieser Politik genieße es mächtige Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten. In sehr hohen Kreisen Deutschlands mache man kein Geheimnis aus dem Schreiz, ein großes deutsches Colonialreich aus China herauszuschieben. Wer solche Pläne hegt, hält es nicht selten für notwendig, dies anderen unterzuschieben. Es sei wohl möglich, daß die erwähnte falsche Meldung solchen Ursprung habe.

Einer Meldung aus Peking zufolge, hat der frühere Bicönig Li-Hung-Tchang wieder an Einfluß gewonnen und steht im Begriff, die Leitung der chinesischen Politik zu übernehmen. Li-Hung-Tchang, welcher 1896 Europa und auch Deutschland bereiste, hat sich einem Vertreter des „New-York Herald“ gegenüber über die letzten Vorfälle folgendermaßen ausgesprochen:

Berbrecher giebt es auch in China, wie in allen Ländern. Weder durch Verträge, Gesetz oder Religion kann irgendwo das Verbrechen ganz unterdrückt werden, obgleich man es verurtheilt und bestraft. Es giebt in jedem Lande Orte, wo Gesetzeslosigkeit herrscht. Nach einem solchen Orte in Schantung begaben sich die deutschen Missionare, obwohl sie wußten, daß die Einwohner selbst oft Opfer von Banditen werden. Unglücklicherweise hat China sich noch nicht von den Folgen des letzten Krieges erholt, und es bedarf einer Periode des Friedens, um die jüngst begonnenen Reformen durchzuführen. In den letzten Jahren sind die Chinesen dazu gelangt, die Länder des Westens als noch größere Muster in Ungerechtigkeit, denn in Bezug auf Waffen zu betrachten. Ist es gerecht, uns zu unterdrücken, während wir uns bemühen, auf dem Zweige unserer alten Civilisation herauszukommen und während stetig Verbesserungen und Fortschritte gemacht werden? Soll ein Angriff auf die Küste Chinas erfolgen und sein Gebiet besetzt werden wegen eines Ereignisses, daß alle weislichen Länder durch Gesetz, nicht durch Krieg regelt würden?

## Schubart und seine Freunde.

Historischer Roman von A. C. Brachdorff.

(Ausdruck verboten)

105]

Das hatte nur noch gefehlt, die Kluft tiefer, unversöhnlicher zu machen! Die Oberzoller führten in die Präcepiorei, requirierten polizeiliche Hilfe, nahmen Helene und die Kinder mit sich, drangen auf Scheidung und daß alles Schubart Zugehörige mit Arrest belegt werde.

„Nehmt Alles, Alles!“ rief Christian weinend, „aber ehe ich nach dieser Stunde in Geislingen bleibe, will ich lieber sterben!“

Er raffte seine Bücher und Papiere, sein Clavier, seine Wäsche und Kleidung zusammen und verließ das Haus des Fluches und des Unfalls. Die alte Lammwirthin bot ihm Unterkunft, bis er abreise.

Fremd hatte er zuerst an ihrer Schwelle vorgesprochen, als letzte Herberge nahm ihn dies Haus wiederum auf. —

Baldinger legte sich in's Bett, um die Scheidung und Beschlagnahme zu hinterreiben, die erbitterten Gemüther zu beruhigen. Es gelang ihm wohl bei Schubart, aber bei dem Bühlers nicht. Selbst als Christian aus dem Raum seiner Frau einen Brief schickte, in dem er herzlich seine zotige That bereute, den Schwiegerteter seine versöhnende Hand bot, ließ sich der Zoller zu nichts herbei. Man glaubte ihm wie ehemals zu zwingen.

Helene war in der verzweiflungsvollsten Lage. Sie hatte, gleich Schubart, übereilt gehandelt, und nun, nachdem sie sich einmal wieder unter die Autorität der Eltern begeben, bereute sie ihre Trennung von Christian tief, denn sie liebte ihn trotz Allem viel mehr, als sie sich selbst gestehen möchte. — Der Gedanke, er könne ohne sie leben, sie verlassen, war

ihr schlimmer als der Tod, und doch wagte sie nicht, offen den zürnenden, geifernden Eltern gegenüber ihr Gattenrecht zu vertheidigen.

Die Abreise Schubarts war vor der Thür. Er hatte von Baldinger, den Pastoren, dem Magistrat und seinen Freunden Abschied genommen, nur in's Haus seiner Schwiegereltern, aus dessen Fenstern sein bleiches, weinendes Weib mit den Kindern starrte, vermochte er nicht zu treten. Er wankte wie ein Geächteter vorüber.

Am andern Morgen sollte er fort für immer, und seine Geliebte, seinen Ludwig, seine Juliane nicht wiedersehen, — er fühlte, daß dies nicht sei, als sein Herz erzagen könnte, dies Herz voll Thorheit, Liebereiung, Sinnelust und doch so heißer Liebe.

Schneider und ein paar alte Freunde besuchten ihn, den Rest des Tages beim Wein zu vertreiben, aber seine Seele war todhart, sein Gemüth gebrochen. Als es dunkel geworden, hieß er sie kurz und heftig gehen.

Allein im Finstern, setzte er sich an's Fenster, Toreschwertmuth kam über ihn. Er starre blöde hinweg in die heftelichen Wälder, die reine, stillen Sternenhülle über ihm, die Bange Verlassenheit, ein wahres Kinderverzagen packte ihn an.

Sich vor seiner inneren Angst zu retten, wari er sich angekleidet auf's Bett und schloß die Augen, Schlaf zu suchen — den alten Arzt aller Notth und alles Herzwehs.

Da öffnete sich leise die Thür. — Eine weiche Stimme flüsterte seinen Namen. Er fuhr auf.

„Helene!“ Sein Weid sank schluchzend über ihn her, — sie halte sich heimlich vom Hause weggestohlen.

„Ich kann Dich nicht lassen, Christian, ich kann nicht, wahr' Gott mich auch noch so schlimm halten. Verlöß mich mit mir die Künste, sie haben ja kein' Schuld. Lieber will ich mit

Dir im Glend sein und in der Schande, als ohne mein' Christian im höchsten Glück! O werd' ein Christ, Mann, und nimmt uns mit Dir!“

Er hielt sie fest umschlungen, zog sie auf seinen Schoß und küßte sie.

„Bei dem allmächtigen Gott droben, ich bin ein Christ, Frau, habe mich nie von ihm gewandt, und so lang' eine Faser in mir schlägt, werd' ich Dich lieben, wirst Du mein erstes und letzter Gedanke seia! Ich hab' mich oft an Dir vergange und Dich in tiefster Seele gekränt, aber wenn Gott uns nicht von einander reißt, die Tücke der Menschen soll die mit trennen, die vor Gott sich Treue gelobt und miteinander Kinder gehabt, von denen sie Rechenschaft gebe müssen!“

„Willst Du uns wirklich immer lieb haben, Dich von Dein Glanz und den Vornehmern mit Blinde lassen und um Dein Seelenleid betrüge, Christian? Willst Du uns zu Dir nehmen nach Ludwigsburg? !“

„So wie ich ein' Wohnung hab', Lenle, hol' ich Dich nach, Gott sei mein Zeuge! Wenn Du bei mir bist, werd' ich mit fehl gehn, und ob ich auch den Grafen Röder und Gemütingen aufwartete müß, und Stunden geben um den Verdienst, das vornehme Leben steht mir mit an, bin dazu doch mit geschickt, das solltest Du wohl wissen! Wenn wir von den Eltern weg sind, miß mehr mit Roth zu ringen habe, wird uns' Seele ruhig, ich werd' vernünftig und müß werden, und Du sollst sehen, Herze, wir werden den Tag segnen, da wir nach Ludwigsburg 'ganze sind!“

Unter den heitzen Versicherungen alter Treue und der Schmerzensworn: „Liebsten Abschieds verabschieden sich die Gatten. Schubart brachte Helene bis in die Nähe der Oberwirthin, und unter Küsse rissen sie sich von einander los.

Am andern Morgen — schwermüthig, einsam, — verdrängt von seinen Freunden, der großen Schart derer, die den wilden

Den unvermeidlichen Zwischenfall (Ermordung der deutschen Missionare) des meine Regierung bedauert, wird volle Kenntnis folgen. Unser Wunsch ist, unser Gebiet umso leicht zu erhalten und es zu verbessern, da ein Friede gleichzeitig offen ist für alle Länder zur Entwicklung des Handels.

### Das Disciplinarverfahren gegen Tausch.

In der Disciplinarsache gegen den Criminalcommissarius v. Tausch fand gestern Vormittag die Verhandlung im Berliner Polizeipräsidium unter Abschluss der öffentlichen Statt.

Die Menge der ersten Abtheilung des Polizeipräsidiums, soweit sie Juristen sind, bildeten unter dem Vorsitz des Geheimraths Friedheim den Gerichtshof. Auch Polizeipräsident v. Windheim nahm an der Verhandlung Theil. Den Bericht über die Disciplinarsache erstattete Regierungsrath Diererich, die Anklage und den Strafantrag stellte Regierungsrath Steffensand, die Belehrung führte Rechtsanwalt Dr. Schwindt. Herr v. Tausch erschien im Frock mit Orden geschmückt; er gab, dem Vernehmen nach, seine Aussagen mit ruhiger Stimme ab. Am Schlusse seines Plaidoyers stellte der Ankläger den Antrag auf Dienstentlassung ohne Pension. Um 3 Uhr zog sich der Gerichtshof zur Verhandlung zurück.

Der Gerichtshof verkündete bei seinem Wiedererscheinen das Urtheil, daß der Angeklagte die Pflichten, die sein Amt ihm auferlegt, verletzt und ferner sich durch sein Verhalten außer dem Amte der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt habe. Deshalb ist v. Tausch aus seinem Amte zu entfernen, und zwar durch Versezung in ein anderes Amt mit gleichem Range, jedoch mit Verlust des Anspruches auf Umlaufstellen. Auch sind ihm die Kosten des Verfahrens anzuerlegen.

Dies Urtheil wird von Niemanden verstanden werden! Man denke: Herr von Tausch hat seine Amtspflichten verletzt und sich durch sein außeramtliches Verhalten unmöglich erwiesen der Achtung, des Ansehens und Vertrauens, die sein Beruf erfordert, und deshalb wird er nicht etwa mit Schimpf und Schande davongejagt, o nein — er bleibt ruhig in Amt und Würden und wird lediglich versetzt in ein anderes Amt von gleichem Range! Nur auf Umlaufstellen hat er keinen Anspruch! Graumane Strafe fürwahr! Was Herr von Tausch alles gethan hat, das wird allen Leuten vom „berühmten“ Tauschproces her noch in lebhafter Erinnerung sein. Und doch bleibt er ein würdiger Beamter des preußischen Staates! Nur, um kann's Recht sein, wenn der Beamte von Tausch dem herrschenden System nicht zu schmerzen wird, wir können ihn schon noch ertragen. Wirket er doch in einer Weise agitatorisch für uns, wie das Hunderte unserer besten Freunde nicht im Stande wären.

Was der neue Posthalter in Konstantinopel von diesem Ausgange wohl sagen oder wahrscheinlicher, was er wohl denken mag?

**Centrum und Bundesrats-Musikfuss.** Aus München wird berichtet, daß die Absicht, in der vorliegenden zweiten Kammer wegen der Thätigkeit des Bundesrats-Musikfusses für auswärtige Angelegenheiten zu interpelliiren, innerhalb der Centrum-Faktion nicht bestanden habe.

Diese Erklärung kommt sehr spät und man darf annehmen, daß wenigstens Mitglieder der Centrum-Faktion die Absicht einer solchen Interpellation gehabt haben. Wahrscheinlich hat man aber bei reiflicher Nachrechnung eingesehen, daß es klüger sei, davon Abstand zu nehmen. Das Centrum will es mit der „maßgebenden Stelle“ im Reiche nicht verbünden, um seine Stellung als „maßgebende Partei“ nicht zu schwächen. Da dabei die Rechte der Bundeskammern bestimmen, darum fragt es ebenso wenig wie nach Erhaltung

Gerechtigkeit doch herzlich lieb gewonnen, geleitet von seinen Schülern, den Söhnen und Kindern noch einmal umarmt, verpolst, zaged, das Herz voll kameraderischer Empfindungen, Erinnerungen und Ahnungen — Jahr Schubart von Geistlingen es, heraus aus dem eignen, phantasievollen, rauhen Geistengarten mit seinen Bergaffen und Affinen in's einfelnde Leben des Ganges, — dem Sturm, dem Gewus, der Schrecken jenseits Lebens, der holden Freiheit entgegen. Und — doch liegt ihm seit Juxate, daß er das verdachtige Gräßliche mit jenen bunten Gefütern, jenen frivolen Liedern liebt, daß er es nicht wiederzuhören weißt.

„Wohin Dein Glücksort!“ hatte die Schauspielerin des Prologes gesagt. „Wohin Dich nur der Zögerrerge!“

### 4. Februar und Freiheit

Das menschliche Herz ist unbekannt im Verborgen. Ich gebe die Errettung eines Gutes nicht mir ein Amt zu geben, mehr zu hängen!

Herzog Karl von Braunschweig glaubt ihre Regierung durch geistiges Geschäft zu mögeln, denn Selbstbestimmung ist eine ideale Weise zu geben und die Freiheit kommt so einfach zu machen, daß sie ihr einen Haushalt haben. Sicher war jedenfalls Ernst, ihm hörte Braunschweig's Operette mit einer gewissen Freude.

Karl und Braunschweig waren von je großen Ideen erfüllt, es hätte ja unerträglich viel für sie, ihre Freiheit vor der Welt zu verbergen, daß sie aufzugeben für die künftige Seite ihrer Regierung keiner Weise noch Gelegenheiten finden. Diese große Freiheitssicherung ließ auch Herzog Karl von den Monaten und Jahrzehnten der Rundschau abscheiden, sich in Romberg, ihm jetzt überdrückt zu führen, und indem er den nächsten Monaten der Stunde nachging, alle Fortschritte erhoben, begannen zu gehen, seine Freiheit und den Frieden, die anderen beiden Fortschritte über den Schrein, der als zentrale und ergänzte Reichsregierungssache festen für Karl und alle die Braunschweiger Rundschau-Sicherung haben sollte. Die Stunde war bereit! Es kam keine Ruhzeit, das Innern bestrafte, die ganze Rundschau bis Romberg eingeschlossen, erfuhr

der Volksrecht. Am Ruder bleiben, das ist den Lieber'schen die Hauptsahe.

Die schöne Idee der Zuckerparasiten, zur Hebung der Zuckerindustrie den Consum ihres Produktes auf die Soldaten auszuholen, findet die Münchener „Allgemeine Zeitung“ zwar beachtenswerth. Aber sie bellagt tief, daß bei dieser Procedur nicht mehr als 6121 Tonnen an Zucker verfügt werden können, das macht nur 0,3 Prozent der Gesamtproduktion. Sehr groß wäre also die militärische Hilfe für die Zuckerfabrik-Aktionäre nicht.

Die Berliner „Volks-Zeitung“ meint, weshalb man denn bei den Soldaten stehen bleibe? Sind die agrarischen Blätter noch nicht auf die Idee verfallen, daß man eben Hunderttausenden von Beamten und Unterbeamten in allen Ressorts, den zahllosen Arbeitern in staatlichen Werftstätten und Betrieben in ihren Anstellungsdeutschland zur Pflicht machen könnte, jährlich ein bestimmtes Minimum quantum von Zucker zu konsumiren, und daß man ihnen, wenn sie über dies Quantum nachweisbar erheblich hinausgehen, entsprechende Remunerationen, Prämien usw. als Belohnung für ihre thalkräftige Unterstützung der heimischen Zuckerindustrie zuwendet, wie Staat und Kreise ja schon Prämien zahlen für die Cultur von Obstbäumen oder für die Förderung der Kulturförderung durch das Todtschlagen von Fischotttern? Allerdings wäre zu befürchten, daß die agrarischen Schriftsteller alsdann in ähnlicher Weise auf den größeren Consum ihres Erzeugnisses bedacht sein würden, zumal man in diesem Falle keine Erhöhung der Biersteuer brauchte, um den Effect des gesteigerten Consums von Schnaps zu erreichen. Aber vielleicht wissen die fröhlichen Südmänner einen Ausweg aus dieser Klemme.

**Das Denkmal für die Märzgefallenen.** Die „B. Pol. N.“ schreibt, es ist anzunehmen, daß der Magistrat von Berlin dem Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung auf Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen nicht beitreten wird, weil er inzwischen die Überzeugung gewonnen haben muß, daß von einer Ausführung dieses Beschlusses nicht die Rede sein kann und eine weitere Verfolgung des Gedankens nur zu sehr unliebsamen Weiterungen führen könnte.

Diese Drohung an die Adresse des Magistrats ist sehr caratteristisch, im Uebrigen aber wohl ganz unnötig, denn der freiwillige Magistrat wird mit Freuden die Gelegenheit ergreifen, der unliebsamen Notwendigkeit der Denkmalserrichtung entgehen zu können.

**Das Bernsteinregal** meint die preußische Regierung nun endlich in eigene Verantwortung übernehmen zu wollen. Eine Dagazige Depesche der „Post“ meldet hierüber: „Wie Ministerialcommissär Geheimer Ober-Regierungsrath Dr. Steffert in der letzten Sitzung der Bernstein-Interessenten auf der Regierungsmittel, wird die Regierung das von Commerzienrat Becker angekündigte Bernsteinregal in einigen Monaten selbst übernehmen. Die Bernstein-Interessenten würden dann das Rohmaterial zu denselben Bedingungen erbalten, wie jetzt mit Becker vereinbart ist, also mit der Verpflichtung, keinen Absatz von Rohsteinen an Ambroßjäfern zu verkaufen. Die Kontrolle darüber sollte noch strenger als gegenwärtig gestellt werden. Der zunächst handlende, formte auf die schwarze Seite und erfuhr nicht mehr Bernstein.“

**Der höfliche Schwiegersohn Bismarcks,** Graf Stauff, soll von dem beliebten Vogtland des „Hamb. Correspondent“ verdrängt werden. Graf Stauff hat früher als Geheimer Ratssenator bei Judenfürst Oppenheim und das Reich im Auslande dienten. Deshalb ist es interessant, wenn einmal die Schule des Grafen vor Gericht betrachtet wird.

**Zöpfer** hat am Montag in Berlin mit einem Hämmer Gedenktag des preußischen Geheimrath Dr. Zöpfer von

1848 gegen die Revolutionen von 1848 und „seine“ Partei von

1848 jetzt unter Grotius's Willen ein wundervolles Schloß im Domänenpark mit falscher Schreibweise und Galerien, einer freien Aussicht, berühmter Kunstsammlung, die auf eine Zentrale mit weiter Aussicht führt, von der man in den großen Domkuppel, den Schlosssaal, die Grotius's Deckengemälde gesehen, und eine alte Brücke mit Schloßimmer trat Stauff, welche die Namen der Könige, Kaiserinnen, der Kaiserin und der Kaiserin und sonst einige Personen verbunden waren, gegen für Wohnung vor dem Corps de Logis, hinter dem sich erhebt, und weit über den einen Dach in den Leonberger Städte hinaus, der Kaiserhof zwischen jenen, während die Kaiserin, die selber der Dreizehn Jahre später starb, hinter dem Kaiserhof zwischen den beiden Dächern verdeckt ist. In diesen Hinterhof hatte man eine Spiegelleiter erbaut, so daß eine Wendeltreppe führt um die äußere Tafelwand dort im Schatten zu genießen. Die Geschichte des Schlosses wird, um des kleinen „Solitade“, namentlich Tranquillität Sacrum Volumen geschrieben, das jetzt vor einem Jahre, ein Lebhaber Sammler der Bernhardinischen und Sacra Sacra gebildet. Hier haben die zwei Schlosser Sammler, best an einem kleinen Museumspartei ein geschicktes Tempelchen oder eine gewisse Stube, ein Domizil zum Sammeln, und Wiederholen, der Stoff ist schwer, sehr festig und hoch, die Sonne, die einen Platz zum See, Dach und Altbau begrenzt, dem Stierkopf angesetzt der Schlosser, als der Herkunft und wenigen verstreut freien steht. Hier für weitere Aufzehrung der Sammler (Academie des Arts), des Schlosses und der verschiedenen Sammlerstücke zu bewahren wurde gezeigt, Sammler erhielt zwischen drei Regierungen die Sammlung, die die Stoffe mehr aufgehoben und der Sammler gab, zum Zeichen großer Hoffnungen, im Beisein der lange gewünschten Ehe aus Bernhardinische, indem er, so oft er von oben nach Holstein kam, in Güte einer großen Zahl halber Tag blieb, und neue Säle für diesen Zweck wieder hergerichtet und die Ewigkeit von der Stadtkasse des Landes gezeigt werden.

Concordia Volks-

der politischen Bühne so ziemlich verschwunden sind, verblieben doch ein paar Pastoren nach wie vor den Ruhm des neuen Luther, einer bezeichnete ihn noch als „Hofprediger aller Deutschen“ und ein anderer legte ihm — nach der Manier der Altwort-Versammlungen — einen Vorbericht auf sein edles Haupt. — Ein schwächer Trost für die gefallene Größe Süder!

**Die Wahl im badischen Wahlkreis Lörrach.** Es dürfte nochmals in Frage gestellt sein. Wie dem „Schwäb. Merkur“ mitgetheilt wird, taucht jetzt die Nachricht auf, es sei bei der Wahl ein starker Verlust vorgefallen — Abgabe zweier Stimmen durch einen Wahlmann. Bewährheit sich diese Nachricht, so wird in Lörrach-Land zum dritten Mal gewählt, d. h. es können zum dritten Mal freisinnige Wahlmänner — umfallen!

### Ausland.

**Belgien.** Im Wahlkreis Dendermonde wurde zum Abgeordneten gewählt der Ultramontane Gibbaut mit 18869 Stimmen. Der christliche Demokrat Du Catillon erhielt 9688, der Socialdemokrat Beerblok 2900 Stimmen. Im Jahre 1894 hatten die Socialdemokraten in diesem rein ländlichen Kreis 1950 Stimmen.

**Frankreich.** Die Erledigung der Panama-Esfrage hat wieder in den Zeitungen mehr Raum für die Dr. Lefèvre-Uffenfrei gemacht. Die chauvinistisch-antisemitischen Blätter gebärden sich immer toller ob der bevorstehenden Verleidung ihres Schülers, Esteban, vor das Kriegsgericht, obwohl dessen Freisprechung nach allem, was der militärische Klüngel in Verhöhnung des Gesetzes für ihn gethan hat, nicht zweifelhaft sein kann. Hat doch das Leibblatt des Kriegsministers, der „Courrier du Soir“, neulich mit erquickender Naivität ausgeplaudert, daß die Regierung im Ministerium dem ja vollkommen „unabhängigen“ militärischen Unterstützertum aufgegeben hätte, Esteban vor das Kriegsgericht zu verweisen, da der Abschluß der Untersuchung mit einem „Non lieu“ die Offenlichkeit nicht ganz befriedigen dürfte... Die Meinungsrichtung Estebans kann um so glatter vor sich gehen, als der militärische Klüngel seit dem Frontwechsel des „Figaro“ in der gesammelten Presse nur noch einen unermüdlichen und unerschrockenen Gegner findet, Clemenceau und sein Blatt „Aurore“.

**Die Arbeiter-Glashütte** in Albi wird am 5. Januar einen Civilprozeß zu befechten haben. Die vier anarchistischen Söldlinge Ressiguiere, die wegen fortgesetzter Hetereien hatten entlassen werden müssen, verlangen 44,000 Franken „Schadenersatz“ als ihren Anteil am Reste der Streitgelber, der mit für die Errichtung der Glashütte verwendet worden war.

**Die Regierung** begannigte den vor sechzehn Jahren wegen des ersten Lyoner Bombenanschlags zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in Neukaledonien verurteilten anarchistischen Schriftsteller und Wanderredner Cyrot, der immer beteuert hat, an dem ihm zur Last gelegten Verbrechen unschuldig zu sein.

**Espanien.** Nach Cuba werden demnächst weitere Truppenmarschübe aus Spanien erfolgen. Der „Tempo“ meldet aus Madrid, der Kriegsminister habe beschlossen, zur Ausgleichung der Verluste Ende Januar 5000 Mann nach Cuba zu schicken und ebenso viele im Februar nachzusenden.

**Amerika.** Eine neue Einigung der Vereinigten Staaten in die cubanische Frage. Am Freitagabend erließ Staatssekretär Schermann im Auftrage Mac Kinley's einen Aufruf, worin er zu allgemeinen Sammlungen für die durch den Krieg geschädigten Cubaner auffordert. Es sollen Geld, Kleidungsstücke und Nahrungsmittel gesammelt und auf Cuba durch die amerikanischen Consuln verteilt werden. In Madrid ist man durch dieses Vorgehen auf das Peinliche berührt, da es nicht in der für Wohltätigkeitszwecke üblichen privaten Form erfolgt ist, sondern sich als ein amtliches Eingreifen der Regierung darstellt.

### Die kommenden Reichstagswahlen.

Genosse Karl Thiel, Redakteur des „Volksblattes“ für Hessen, wurde für den Wahlkreis Kassel-Niederrhein zum Kandidaten proklamiert.

Der freisinnige Abgeordnete für Tilsit-Niederdeich, v. Reibnitz, wird nicht mehr kandidieren. Als Kandidat der freisinnigen Volkspartei ist Gutsbesitzer Bräseide aus Göttingen in Aussicht genommen.

Im zweiten oldenburgischen Wahlkreise stellt die freisinnige Volkspartei wieder ihren bisherigen Vertreter Albert Träger auf.

**National-sociale Wahlvorbereitungen.** Aus Kiel wird uns geschrieben: Sonntag Nachmittag fand in Neumünster eine Zusammenkunft von Anhängern der National-Socialen aus Schleswig-Holstein und den Hansestädten statt. Anwesend waren auch die Herren Gehre und Gerlach. Für jeden der schleswig-holsteinischen Wahlkreise wurden zwei Kandidatenleute bestellt. Sodann soll vorläufig eine in größeren oder geringeren Räumen, je nach Bedarf, erscheinende Zeitung, die als Flugblatt verbreitet werden soll, herausgegeben werden. Für den 9. Kreis wurde der bisherige Kandidat, Darmasche, wieder aufgestellt.

**Professor Bischow** will bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus und zum Deutschen Reichstag eine Kandidatur übernehmen. Damit zieht sich wieder eine charakteristische Gestalt, die auf ein mehr als 50-jähriges Leben in der Deutschen Reichsstadt zurücksehen kann, aus dem politischen Leben zurück. Die Stärke Bischows lag zwar stets auf dem politischen Leben sehr abseits liegenden Gebieten, doch erkannte er auch auf diesem Gebiete gegenüber den älteren Eltern seiner Partei noch als die Marke von Bedeutung und Erfahrung.

**Die Konservativen scheinen in die fröhliche Rethorikigkeit zu fliegen, deren Vorfahrt führt.**

v. Manteuffel verlieren zu müssen. In dem Wahlkreise Kalaus-Luckau, dem bisherigen Wahlkreise des Frhns. v. Manteuffel, wird, wie man dem Berliner Süderblatt mittheilt, von der conservativen Partei mit Zustimmung des Bundes der Landwirthe der Generalsekretär der deutschen Sittlichkeitsvereine, Rentier A. Henning in Berlin, als Kandidat für die bevorstehenden Reichstagswahlen aufgestellt, welches früher längere Jahre Rittergutsbesitzer im Kalauer Kreise war. Das Süderblatt hält die Wahl des conservativen agrarisch-antisemitisch-christlich-socialen Compromis-Kandidaten für nicht sehr sicher und ermahnt seine Parteifreunde zu energischer Arbeit.

## Partei-Angelegenheiten.

### Abschöpfung

des Comitess zur Unterstützung der Familien Schröder, Meyer und Genossen vom 1. Juli bis 31. Dezember 1897.

1. Juli Bestand	46 294,43 M.	Juli an Unterst. v.	780,- M.
August	desgl.	456,10	"
Sept.	desgl.	624,20	"
October	desgl.	732,70	"
November	desgl.	339,-	"
December	desgl.	609,45	"
		3561,45 M.	
Ginnahme . . . .	46 294,43 M.		
Ausgabe . . . .	31,45 "		
Bestand . . . .	42 732,98 M.		

Wm., 2. Januar 1898.  
Johanniterstr. 16.

Wolfgang Wunderlich, Kassirer.

Die Nebeneinstellung dieser Abrechnung mit sämtlichen Belägen bestätigen die Revisoren:

Heinr. Fiedermann in Dortmund, Opp.-Str. 4.  
Herrn. Fank in Essen, Stoppelbergstr. 3, II.

## Wie man uns behandelt.

Die Magdeburger „Volksstimme“ schreibt: „Vor Freitag Abend war die Buchhandlung der „Volksstimme“ 336 Stunden bewacht. In Dienst traten 221 Schutzeute. Die Beobachtung der Buchhandlung wird auch im neuen Jahre fortgesetzt. Montag früh 8 Uhr ist der Doppelposten wieder aufgezogen. Wie das alte Jahr endet, so beginnt das neue Jahr. Wir sind damit zufrieden. Wenn die der Schmödorferstraße zu gelegenen Schauspieler gleich so mit Gardinen behangen würden, wie die Fenster der Redaktion und Expedition, dann würde der Schuhmann-Doppelposten eingezogen werden. Die Buchhandlung ist nicht in ihrer Lage, diesem Winde mit dem Baumfahl folge zu geben. Die Anfang December besetzte Laget ist am 31. December 1897 auf Beschluss des königl. Amisgerichts wieder freigegeben. Der Criminalpolizei wird dieser Beschluss nicht sehr angenehm sein.“

Am 30. November d. J. sagte der sächsische Staatsminister v. Meissel im Landtage u. d. Folgendes: „Es ist Klage darüber geführt worden, daß verschiedene socialdemokratische Redner in einzelnen Orten nicht sprechen durften, nur weil sie Socialdemokraten waren. Ich verweise demgegenüber darauf, daß von Seiten der Regierung eine Verordnung ergangen ist, welche die Behörden anweist, nicht mehr in der Weise zu verfahren und die Namennennung der Referenten nicht mehr zu fordern.“

Die Socialdemokratie hatte vollauskluft, auf diese Erklärung kein Gewicht zu legen. Jetzt erzählten die conservativen „Dresd. Nachr.“ Nachstehendes: „In Schwerin hatte die königl. Amtshauptmannschaft eine öffentliche Porzellanarbeiterversammlung verboten, weil der socialdemokratische Agitator Redakteur Frehse als Referent bezeichnet worden war. Danach wurde eine neue Versammlung angelegt, ohne Bezeichnung eines Referenten. In dieser Versammlung wollte Frehse das Referat beginnen. Der überwachende Beamte entzog ihm aber ohne Weiteres das Wort.“

Die Socialdemokratie des 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreises Kirchberg-Auerbach im Vogtlande hielt zu Neu-Jahr in Neukirchau eine Versammlung ab, wo 17 Orte vertreten waren. Die Präsentation bot wieder ein interessantes Bild der Polizeipraktiken, die insbesondere im Wirkungsbereiche des Amtshauptmanns v. Bolenz heimisch sind. Der „Leib. Reichstag“ wird darüber geschrieben: „Um den Vertreter des Kreises im Reichstage, Herrn Hoffmann aus Chemnitz, dem bisher in den Amtshauptmannschaft Plauen das öffentliche Sprechen verboten war, auch einmal zu Wort kommen zu lassen, wählte man ihn zum ersten Vorsitzenden, und siehe — er durfte reden. Hoffmann sprach über die nächste Reichstagswahl. Rohleber-Gütersberg, der zum zweiten Referenten für diesen Gegenstand in Aussicht genommen war, wurde das Wort entzogen, weil — keine Diskussion angemeldet wäre und daher zu jedem Punkte der Tagesordnung nur ein Redner sprechen dürfe. Alle Erklärungen des Präsidiums, daß so etwas nirgends im Gesetze stehe, halten nichts, und um die Versammlung nicht der Auflösung verfallen zu lassen, ging man zum weiteren Gegenstand der Organisation und Agitation — über. Nachdem hierzu bereits vier Redner gesprochen hatten, fiel dem überwachenden Beamten wieder ein, daß ja nur einer reden dürfe und er verbot das weitere Sprechen. Einwendungen hiergegen schritt der Beamte mit der Bemerkung ab, daß er seine Maßnahmen nicht kritisieren lasse. Doch das Bureau ertheilte weiteren Rednern zu demselben Gegenstand das Wort und — die Diskussion ging weiter! Doch wurde es geschlossen, Beschwerde zu führen.“

(Ende der Autrit: Politische Überzahl.)

## Arbeiterbewegung.

Zur Beschlagnahme der Geschäftsbücher auf dem Verbandsbüro der Bergarbeiter, die wir schon kurz meldeten, schreibt die „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“: „Zum Schlüsse des Jahres wollte man uns doch noch eine überraschende Überraschung bereiten; es erfolgte auf Antrag der Staatsanwaltschaft zu Bochum die Beschlagnahme unserer Geschäftsbücher. Bücherbeschlagnahmen treffen uns nicht zum ersten Mal. Und die am 27. December erfolgte wird auch nicht die letzte sein. Wir sagen, man wollte uns überraschen, aber wir sind nicht zu überraschen, da wir immer auf das Schlimmste gefaßt sind, was eine Arbeiterorganisation treffen kann. Uns ist nur zu gut bekannt, was man Seitens unserer guten Freunde gern möchte. Die jetzige Maßregel, welche zusammenhängt mit der Thiemann'schen Denunciation betreffend den Meyer'schen Schuldschein, haben wir sogar gewünscht, da hiermit endlich einmal der Weg beschritten wird, der unseren Feinden den Rücken stopfen wird.“

Bei der Gewerbege richtswahl in Eisenach wurden in der Klasse der Arbeitnehmer die Gewerkschaft des Gewerkschaftsrats gewählt.

Auf dem Cementwerke in Elmen bei Heidelberg stellten sämtliche Ausarbeiter, 80 an der Zahl, wegen einer nahezu 25 prozentigen Lohnreduktion die Arbeit ein.

Der Rückenstand im Krakau ist, nachdem die freireichen Parteien vor der Gewerbebehörde nach längeren

Unterhandlungen zu einer Einigung gelangten, als beendigt erklärt worden.

Sämtliche Stuhlbauer der Firma Bissel in Nabendorf, 17 Mann, haben am Sonntagabend wegen Lohn-

differenzen die Arbeit niedergelegt.

Den Klosterricht aus dem Verbande fordert die Firma Wurm der Gold- und Silberwarenfabrik in Braunschweig von ihren Arbeitern. Da die Arbeiter die Rundigung erhalten haben, sofern sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so steht in vierzehn Tagen nach Ablauf der Rundigung in der betreffenden Fabrik ein Ausstand bevor.

In der Schuhfabrik von Regenstein in Passau-Münchhausen ist ein allgemeiner Streit ausgebrochen. Ursache war die Einführung der neuen Zwickmaschine und der gleichzeitig vorgelegte niedere neue Tarif.

In der Emailwarenfabrik der Firma Bellino u. Co. in Göppingen legten die Planer und Aufschläger wegen Lohndifferenzen die Arbeit nieder.

Die Schieferdecker in Gotha beabsichtigen in eine Lohnbewegung einzutreten.

In der Spiegel- und Bilderrahmenfabrik von Kirchbaum u. Helweg in Leipzig-Reudnitz ist sämtlichen Eischnern gefüngt worden, weil sie sich weigerten, die bisher übliche Arbeitszeit von wöchentlich 56 Stunden auf Verlangen der Firma um drei Stunden zu erhöhen. Verhandlungen, die von den Arbeitern mit der Firma eingeleitet wurden, lehnte diese schroff ab und wird sich nunmehr der Ausstand auch auf die Glasschleifer ausdehnen.

Die Tischler der Firma Horstmann u. Matthias in Steinbold stehen im Streik.

Vom Kampfe in der englischen Maschinenbau-Industrie ist alzo viel Neues nicht zu berichten. Durch die Beschlüsse der Gewerkschaftsconferenz in London ist den Streitenden die Summe von etwa 250,000 M. pro Woche gesichert; den Rest der nötigen Unterstützungsgelder hoffen die Maschinenbauer aus anderen Quellen zu erhalten. Mit besonderer Zuversicht blicken sie dabei auf die deutschen Arbeiter, die in der letzten Zeit jede Woche allein durch die General-Commission gegen 10,000 M. abführen, ohne die Beiträge, welche von einigen größeren Verbänden direct gesandt wurden. Diese Beweise der internationalen Solidarität der deutschen Arbeiter, die in England so große Erfolge hervorgerufen haben, sind von einigen Blättern als von deutschen Unternehmen herrührend, verdächtigt worden. Barnes hatte sehr recht, wenn er einem Mitarbeiter des „Star“ gegenüber diese Nachricht als eine böswillige Lüge kennzeichnete, in die Welt gesetzt, um die Maschinenbauer zu verächtigen, als ob sie von dem Ausland unterstützt würden, damit sie den Schaden der englischen Industrie den Streik fortsetzen können, während die deutsche Industrie dabei gewinne. Der englische Ausgang des Kampfes scheint heute noch ebenso ungewiß, als vor Monaten.

Aus New-York wird gemeldet, daß die Baumwollspinnerei-Besitzer von New-England, welche zusammen 90,000 Mann beschäftigen, eine Herabsetzung der Löhne geschlossen haben.

## Aus aller Welt.

Die Reisen des Kaisers im Jahre 1897. Von den 365 Tagen des Jahres hat der Kaiser rund 171 Tage auf Reisen zugebracht.

Begründigt! Der Hofplanist Georg Liebling, der seiner Zeit wegen eines thälichen Angriffes auf den Musikkritiker Max Loewengard zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt wurde und dann nach Amerika auswärts ist, wie er dem „Berliner Tageblatt“ aus Algier mittheilt, vom Kaiser durch Umwandlung der hängenden Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 500 Mark befreit ist.

Ein Mord ist vor einigen Tagen in der Nähe von Rathenow verübt worden. In Höhne erhielt der Arbeiter Schulz während der Weihnachtsfeiertage den Besuch seines Bruders, des Arbeiters Schulz aus Schönholz. Am 28. December hatte Schulz die Absicht, nach Schönholz zurückzufahren, und daß seinen Bruder, ihm seine neunjährige Tochter mitzugeben; er wolle sie zu den ebenfalls in Schönholz wohnenden Großeltern des Kindes bringen. Der Bruder willigte ein und das Mädchen begleitete den Onkel nach dessen Heimatort. Hier trafen sie jedoch nicht ein. Am Neujahrstage wurden die Leichen der verschwundenen gefunden. Die Untersuchung ergab, daß Schulz das Kind ermordet und seinem Opfer den Leib aufzuschneiden versucht hatte. Der Mörder hatte sich darauf die Hals- und Brustader geöffnet und war verblutet.

Drei Ochsen oder vier? Die „West. Schulzeitung“ heißt aus ihren Erinnerungen folgende kleine Geschichte mit: „Bei einem früher jemals bekannten meissenburgischen Ritter kommt ein Lehrer, um sich um eine offene Lehrerstelle in der Begüterung zu bemühen. Der Guteherr ließ ihm sein Geschick möglichst eindrücklich vortragen. Schließlich um die Entscheidung zu fragen, ob denn Bewerber die Stelle erhalten könne, war die Antwort ein kurzes „Nein“. Aber warum denn nicht? gestattete sich der Lehrer zu fragen, könnte ich vielleicht die Gründe der Ablehnung erfahren? Antwort: Sie sprechen ja vollständig richtig, höchstens ich weiß, daß solche Kunden haben wir hier keine Verwendung. Ich brauche für meinen Pflug drei Ochsen, und wenn der hinter dem Pflug nur weiß zur rechten Zeit zu und Gott zu rufen, so ist es genug! — — — Wenn sich dieser Ritter mit dem westfälischen Herrn zusammenhält, der die dümmsten Arbeiter für die besten hält, dann gäbe es ein gutes Geschäft.“

Meindorf. Im badischen Ort Bisingen erschlug eine Frau am Neujahrstag Vormittag ihr achtjähriges Kind und stürzte sich dann mit der Leiche in die Flüthen des Rhins. Über die Todesart der That verlautet nichts Bestimmtes. Die übrigen Familienmitglieder waren gerade in der Kirche.

Ein jugendlicher Selbstmörder. Der Sohn eines Lehrers in Nürnberg, welcher dort die achte Klasse des Gymnasiums besucht, hat sich in der Neujahrsnacht ergossen. Nachts gegen 2 Uhr hörte der Bruder des jugendlichen Selbstmörders ein stotterndes Röcheln, dann lautestes Aufschreien; er weckte seine Eltern, man rief den Arzt, der jedoch nicht mehr helfen konnte. Als Rettung der That giebt man durch vor Strafe wegen Teilnahme an einer Knippe an.

Heilbronn, 4. Januar. Die Leitung der elektrischen Straßenbahn hat den Fahrtarif für Erwachsene, Kinder und Soldaten auf 5 Pf. ermäßigt.

Prag, 4. Januar. Die in Karlsbad wegen Dickstahlabschüssen berüchtigte Tschöndlebe Christof Buchholz und Wilhelm Hartke, beide aus Hamburg, sind mit zwei anderen Complicen aus dem Gefängnisse in Elbogen entflohen. Sie durchbrachen Stahlas das Gitter der Zelle und entzogen die Strafzelle. Die beiden Gefangenen hänten nach Abfahrt ihres Staates in Deutschland aufgelöst werden sollen.

Eine schwere Reise führte der in Kiel erprobte am Montag mit einer zweitägigen Verstopfung aus New-York einen getroffenen deutschen Dampfer „Ariadna“. Unterwegs wurde ein so heftiger Sturm, daß das Schiff in Folge der Seegangsverwirring jedesmal Anwendung

der Masten und des Tauwerkes Stunden hindurch willenlos umgetrieben wurde. Vor der Insel Wight war eine fahrende Dampfschleuse gesunken; der erste Mechaniker wurde schrecklich verbrannt und getötet, fünf Männer wurden verletzt und erhielten Brandwunden; zwei dieser Seemeute schwanden in Lebensgefahr. Zwei Dampfschiffe wurden dem Dampfer zur Hilfe gehender und brachten ihn nach Antwerpen.

Der Allgemeinherr des großen Modemagazins „Au Bon Marché“ in Paris wurde am Dienstag von seiner Tochter und dem Kleinkind um den Sterbenden bemüht, sah sie sich die Frau Hassler zwei Schläge bei, die indes nicht lebensgefährlich sind. Als ihr mitgetheilt wurde, daß ihr Sohn tot sei, sagte sie: „Er wollte mit einer anderen leben, ich mußte ihm diese dummen Gedanken austreiben.“

Ein Beispiel „erblichen Selbstmordes“ führt Professor Brouardel von einem bei Grampes gelegenen großen Bauernhof an, dessen früherer Eigentümer sich eines Tages scheinbar ohne Grund aufhängte. Er hinterließ sieben Söhne und vier Töchter, von denen nicht weniger als zehn den väterlichen Besitz folgten, aber erst nachdem sie geheirathet und Nachkommen gehabt hatten. Auch die Kindeskinder sollen wiederum sämtlich ihr Leben durch den Streit verdient haben. Es lebt von dieser merkwürdigen Familie nur noch ein Mitglied, ein alter, 86-jähriger Mann, der der Familien-Nachlieferung unterworfen ist. Wehrlos ist Brouardel der Ansicht, daß der Gedanke an den Tod durch Schlägen eine Anziehungskraft auf Menschen mit schwach entwickelten Verstand ausübt, besonders auch auf Kinder und auf Albinos.

## Locales.

Breslau, den 6. Januar 1898.

\* Zum Arbeitermangel auf dem Lande. Wir haben schon früher bei Besprechung dieses Kapitels hervorgehoben, daß der Arbeitermangel auf dem Lande nicht zum kleinsten Theil darauf zurückzuführen ist, daß die zu einer gewissen Zeit benötigten Hände nicht das ganze Jahr hindurch beschäftigt werden können. Diese Ansicht wird jetzt durch eine Denkschrift über die ungünstigen finanziellen Verhältnisse bei der Alters- und Invaliditätsversicherungs-Anstalt Ostpreußens bestätigt: „Die jährliche Arbeitsdauer der unständigen Arbeiter in der Provinz beträgt im Durchschnitt höchstens 25 Wochen — im Winter pflegen sie erwiesenermaßen nicht zu arbeiten, thills aus Unlust zur Arbeit (echte Bürokratenweisheit). Neb. der „Böllermacht“, thils aus Mangel an solcher — und die vielfach ebenfalls verunsicherte Eigenlöhner arbeiten sogar nur 10 bis 15 Wochen. Die Zahl der unständigen Arbeiter beträgt oft die Hälfte bis zu zwei Dritteln aller Versicherungspflichtigen, in einzelnen Kreisen sogar noch erheblich mehr. Rechnet man nun auch nur drei Fünftel der Versicherten auf unständige Arbeiter und nimmt man die Arbeitszeit derselben mit 25 Wochen an, so ergibt sich für alle Versicherten eine durchschnittliche Arbeitszeit von 36 Wochen. Diese Wochenzahl entspricht auch der in den ersten fünf Jahren durchschnittlich auf den Kopf der Versicherten entfallenden Beitragsszahl.“

Die jährliche Arbeitsdauer der unständigen Arbeiter in der Provinz beträgt im Durchschnitt höchstens 25 Wochen — im Winter pflegen sie erwiesenermaßen nicht zu arbeiten, thills aus Unlust zur Arbeit (echte Bürokratenweisheit). Neb. der „Böllermacht“, thils aus Mangel an solcher — und die vielfach ebenfalls verunsicherte Eigenlöhner arbeiten sogar nur 10 bis 15 Wochen. Die Zahl der unständigen Arbeiter beträgt oft die Hälfte bis zu zwei Dritteln aller Versicherungspflichtigen, in einzelnen Kreisen sogar noch erheblich mehr. Rechnet man nun auch nur drei Fünftel der Versicherten auf unständige Arbeiter und nimmt man die Arbeitszeit derselben mit 25 Wochen an, so ergibt sich für alle Versicherten eine durchschnittliche Arbeitszeit von 36 Wochen. Diese Wochenzahl entspricht auch der in den ersten fünf Jahren durchschnittlich auf den Kopf der Versicherten entfallenden Beitragsszahl.“

Wenn nur zwei Fünftel aller Arbeiter in Ostpreußen standige Arbeit haben, die übrigen drei Fünftel hingegen nur 10, 15 oder höchstens 25 Wochen im Jahre beschäftigt sind, so kann man sich einen Begriff von der Notlage machen, in der sich diese Proletarier befinden mögen. Angesichts dieser Zustände erscheint das Verlangen der Agrarier nach Beschränkung der Freizügigkeit erst im richtigen Lichte. Zur Zeit der Ernte brauchen die Großgrundbesitzer billige Arbeitskräfte, während der übrigen Jahreszeit möchten die Gewerbeindustrie die Leute erhalten, da sich diese im Winter nicht wie die Dachse und andere Winterschlüter verkriegen können. Die herrschende anarchische Wirtschaftsweise treibt eben immer herrlichere Blüthen.

\* Die ortsüblichen Tagelöhne. Eine vollständige Zusammenstellung der ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagearbeiter ist vom kaiserl. Statistischen Amt nach dem Stande vom 10. December 1897 publizirt worden. Die Zusammenstellung erstreckt sich auf ganz Deutschland. Somit darin Veränderungen gegen die bisherigen Sätze enthalten sind, treten sie sechs Monate nach der Veröffentlichung, also Juli d. J. in Kraft. Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben über die Publikation:

Überblickt man die Zusammenstellung, so fällt sofort der Gegensatz in den Wohnhöfen zwischen den mehr industriellen und den mehr landwirtschaftlichen Bezirken auf. Nur der oberfränkische, doch auch zu einem guten Theile auf die Industrie angewiesene Bezirk hat im Verhältniß zu den westlichen Industriebezirken niedrige Lohnsätze. Ja, der Regierungsbezirk Königberg vorläufig, vor soviel sich übersehen läßt, der einzige Bezirk, wo der ortsübliche Tagelohn für männliche erwachsene Arbeiter an einzelnen Stellen noch unter 1 Mark täglich beträgt. Für die männlichen erwachsenen Arbeiter weisen auch die Provinzen Ost-, Westpreußen, Posen und Pommern höhere Sätze auf. Dagegen dürften die niedrigsten für die jugendlichen Arbeiter im Regierungsbezirk Königberg vorläufig, wo für solche Arbeiter männlichen Geschlechts an einzelnen Stellen 10 Pfennige und für solche weiblichen Geschlechts 80 Pf. für den Tag verzeichnet sind. Man würde aber irre annehmen, daß die hohen ortsüblichen Tagelöhne verzeichneten. Der Handel ist hierin der Industrie „über“. Die höchsten Lohnsätze verzeichneten wohl Bremerhaven mit 3 Mark für männliche, 2 Mark für weibliche erwachsene Arbeiter, 1,20 Mark für männliche und 1 Mark für weibliche jugendliche Arbeiter. Den 3 Mark-Satz für männliche erwachsene Arbeiter weisen auch noch Hamburg, Bremen, Bergedorf und Altona auf. Der Stadtkreis

